

6. Anforderungen an die Unterschriftenliste (Absatz 5)

Jede Unterschriftenliste muss den vollen Wortlaut des Einwohnerantrags enthalten, § 14 Abs. 5 Satz 1 BbgKVerf. Hierzu zählt auch die Benennung der Vertrauensperson und einer stellvertretenden Vertrauensperson, § 14 Abs. 2 Satz 3 BbgKVerf. Um die Prüfung zu ermöglichen, ob der Einwohnerantrag das geforderte Quorum erfüllt, müssen die Unterschriftenlisten die Person der Unterzeichner mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift zweifelsfrei erkennen lassen. Ist dies nicht gegeben, sind die entsprechenden Unterschriften ungültig und bei der Ermittlung des Quorums nicht zu berücksichtigen. Das Datum der Unterschriftsleistung muss – anders als beim Bürgerbegehren – aus der Unterschriftenliste nicht ersichtlich sein.

Zur Frage nach Form der Unterzeichnung der Unterschriftenliste wird auf Erl. 4 verwiesen.

7. Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen (Absatz 6)

§ 14 Abs. 6 Satz 1 BbgKVerf enthält eine gesetzliche Regelung, welchen Sachstand die Gemeindevertretung – und ein Verwaltungsgericht – der Prüfung zugrunde zu legen hat, ob der Einwohnerantrag zulässig ist: Entscheidend ist der **Zeitpunkt des Zugangs des Einwohnerantrags bei der Gemeindeverwaltung**. Zu diesem Zeitpunkt muss die erforderliche Anzahl von Unterstützervorschriften vorliegen, Vertrauensperson und stellvertretende Vertrauensperson müssen hinreichend genau auf den Unterschriftenlisten bezeichnet, der Gegenstand des Anliegerantrags muss ausreichend bestimmt bezeichnet sein. Nachbesserungen nach diesem Zeitpunkt sind nicht mehr möglich. Zulässig ist es, den Einwohnerantrag so lange zurückzunehmen, wie noch keine inhaltliche Entscheidung der Gemeindevertretung über den Einwohnerantrag getroffen worden ist.

§ 14 Abs. 6 Satz 2 BbgKVerf sieht eine **Entscheidung der Gemeindevertretung** über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags vor. Es handelt sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, für das eine Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten bestünde. Die Entscheidung über die Zulässigkeit muss prinzipiell in der nächsten auf den Eingang des Einwohnerantrags bei der Gemeindeverwaltung folgenden ordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung getroffen werden. Da hierfür eine Prüfung der Unterschriften stattfinden muss, kann dies zu erheblichem kurzfristigen Arbeitsanfall bei den für die Prüfung Berufenen führen. Geht der Einwohnerantrag bei der Gemeindeverwaltung erst ein, wenn die Frist zur Aufnahme von Punkten in die Tagesordnung für die nächste ordentliche Sitzung der Gemeindevertretung abgelaufen ist, steht, wenn eine Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen bis zu dieser Sitzung noch realisierbar ist, der Aufnahme einer Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerantrags die Nichteinhaltung von Fristen aus der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung nicht entgegen, weil dem gesetzlichen Gebot des § 14 Abs. 6 Satz 2 BbgKVerf Vorrang vor etwaigen Geschäftsordnungsregelungen zukommt. Das Gesetz fordert eine zeitnahe Reaktion der Gemeindevertretung auf den Einwohnerantrag, und zwar nicht zuletzt um zu verhindern, dass die Gemeindevertretung „das Verebben der ersten Publizitätswelle“ abwartet, um dem Einwohnerantrag den Wind aus den Segeln zu nehmen (vgl. OVG Koblenz, Beschl. vom 6.4.1984 – 7 B 16/87 –, NVwZ 1988 S. 468, 469 zur Bürgerinitiative nach rheinland-pfälzischem Landesrecht). Ein Äußerungsrecht in der Gemeindevertretersitzung für die Vertrauensperson vor einer Entscheidung über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags normiert die Kommunalverfassung nicht (vgl. aber die Erl. 8 zum Äußerungsrecht im Zusammenhang mit der Beratung und Entscheidung über den zulässigen Einwohnerantrag).

8. Beratung und Entscheidung über den Einwohnerantrag (Absatz 7)

Hat der Einwohnerantrag die Zulässigkeitshürde genommen, ist die Gemeindevertretung verpflichtet, spätestens in ihrer nächsten ordentlichen Sitzung den Einwohnerantrag zu beraten und eine Entscheidung zu treffen. Die „nächste ordentliche Sitzung“ meint die Sitzung der Gemeindevertretung, die auf diejenige folgt, in der über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags entschieden wurde. Wie sich aus Wort „spätestens“ ergibt, können